

# Hilfe für Prostituierte

## Bündnis gegen Menschenhandel fordert Beratungsstelle

**Eine Hilfsstelle für Prostituierte fordert das Ulmer Bündnis gegen Menschenhandel. Ziel: die Lebensqualität der oft osteuropäischen Frauen zu verbessern.**

CHRISTOPH MAYER

**Ulm.** Die Städte Ulm und Neu-Ulm sind ein „Knotenpunkt für Prostitution“, sagt Dagmar Engels. Die Aussage der Volkshochschul-Leiterin wird gedeckt durch Daten der Kriminalpolizei. In Ulm gibt es demnach 24 Bordelle mit insgesamt rund 140 Frauen, in Neu-Ulm vier Rotlichtobjekte mit weiteren 60 bis 80 Prostituierten, hinzu kommt ein Dunkelfeld illegaler Prostitution, etwa in Privatwohnungen.

Die wenigsten Frauen kommen aus Deutschland. Der überwiegende Teil, fast 90 Prozent, stammt aus Osteuropa, die meisten davon aus dem EU-Land Rumänien. „Manches Bordell wirbt sogar mit „internationalen Frauen“, sagt Engels. Weiterer Fakt ist: Das Gros der Frauen ist stets nur wenige Tage in Ulm oder Neu-Ulm. Die im Schnitt täglich fünf Freier „bedienenden“ Huren arbeiten im Rotationsprinzip, werden Woche für Woche in ein anderes Bordell in einer anderen Stadt „weitergereicht“. Ein Nebeneffekt dieses „Überangebotes“ sind sinkende Preise, sagt Engels: „Prostitution ist viel billiger geworden, Geschlechtsverkehr schon ab 25 Euro zu haben.“

Wie hoch die Zahl der Zwangsprostituierten ist, darüber kann das Ulmer Bündnis gegen Menschenhandel, zu dem neben der vh das Frauenbüro der Stadt Ulm, die Aids-Hilfe, Terre des Femmes sowie mehrere Stadträte und Stadträtinnen aller Couleur gehören, keine Angaben machen. Die Grenzen seien ohnehin fließend, findet Stadträtin Karin Graf (CDU): „Auch wirtschaftlicher Zwang ist Zwang.“ Man wisse aber aus Erfahrungen der Vergangenheit, dass viele Frauen nicht krankenversichert seien und deshalb keinen Zugang zu medizinischen Angeboten haben.

Grund genug für das Bündnis gegen Menschenhandel, eine lokale Beratungsstelle für Prostituierte zu fordern. Ein entsprechender interfraktioneller Antrag soll noch vor den Haushaltsberatungen im Dezember eingebracht werden, dass der Ulmer Gemeinderat zustimmt,

gilt als wahrscheinlich. Die Kosten beziffert Graf mit etwa 60 000 Euro im Jahr. Angesiedelt werden soll die Beratungsstelle bei der Aids-Hilfe, wobei die Initiatoren ein mobiles Angebot favorisieren. Sprich: Die Mitarbeiter gehen zu den Prostituierten, um sie über Erkrankungen, unkomplizierten Zugang zu medizinischer Behandlung oder Rechte und Pflichten aufzuklären.

Zupass kommen dürfte ihnen dabei das neue Prostituiertenschutzgesetz, das – vorbehaltlich der noch ausstehenden Zustimmung des Bundesrates – voraussichtlich Mitte 2017 in Kraft tritt. Es sieht unter anderem vor, dass Bordelle mobilen Beratungsstellen Zutritt gewähren müssen. „Vorrangiges Ziel ist es, die Lebensqualität dieser Frauen zu verbessern“, sagt Sozialpädagogin Tanja Wöhrle, bei der Aids-Hilfe für Beratung und Betreuung zuständig.

■ **Kommentar**

### Verkauft, versklavt, zum Sex gezwungen

**Debatte** Um die „Debatte und mit Menschenrechtsexperten über Prostitution“ ... Uhr an, Gezeigt wird der

### KOMMENTAR • PROSTITUTION

über Prostitution ...  
Laufen zu ...  
fin Dagmar ...  
sich die v ...  
ner dreitei

## Die Mär vom sauberem Bordell

**Film** Der ...  
tag, 23. S ...  
macht ein

**U**lm hat sich in den letzten Jahren zur Puff-Metropole gemausert. Vor allem in der Blaubeurer Straße reiht sich Bordell an Bordell. Die Stadt verdient gut daran mit. Zwar prostituiert sich dort beileibe nicht jede Frau unter Zwang. Aber dass es im Gros der Etablissements sauber zugeht, ist eine Mär.

Rockerclubs mischen im hiesigen Zuhälter- und Rotlichtmilieu kräftig mit. Die fast ausnahmslos aus Osteuropa stammenden, häufig nicht krankenversicherten Frauen wissen oft nicht einmal, wo sie gerade arbeiten, weil sie Woche für Woche in einer anderen Stadt Freier bedienen. Dies zunehmend zu Dumpingpreisen, denn das Überangebot drückt die Preise. Das ist Kapitalismus und Ausbeutung der übelsten Art.

Die vom Ulmer Bündnis gegen Menschenhandel angeregte mobile Beratungsstelle für Prostituierte ist deshalb wichtig und richtig. Nicht nur, weil die Sozialarbeiterinnen den Frauen helfen, ihre eigenen Rechte wahrzunehmen (die sie oft gar nicht kennen) oder weil sie ihnen Wege zum Ausstieg aus der Prostitution aufzeigen können. Sie ist auch dank des demnächst in Kraft tretenden Prostituiertenschutzgesetzes ein erster Schritt zu mehr Transparenz im Milieu, weil die Berater dann in die Bordelle hineindürfen.

Wohlgemerkt nur ein erster Schritt: Auch die Sicherheitsbehörden sind in der Pflicht. Bei den Milieu-Kontrollen durch Polizei und Bürgerdienste ist in Ulm noch deutlich Luft nach oben.

CHRISTOPH MAYER